

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kreisstellen 2 Mk. im Monat, bei Jahreszahlung durch die Post 20 Mk., bei Vorbestellung 18 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kreisstellen 10 Pf. im Monat, bei Jahreszahlung durch die Post 100 Pf. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Ungezogenpreis: Die halbpaltene Raumzeile 20 Wilsdruffer, die 4 gepaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer, die 2 gepaltene Reklamazeile im täglichen Teil 100 Wilsdruffer. Nachweisungspreis 20 Wilsdruffer. Wochensprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Meldungen über den Kriegsverlauf übernehme ich allein. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers untersagt. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen über den Kriegsverlauf.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharandt, Finanzamt Riesa.

Nr. 27. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch den 2 Februar 1927

## Wirklichkeit u. Tatsachen.

Von besonderer politischer Seite wird uns zu der Konstituierung der neuen Reichsregierung geschrieben: Man kann nicht gerade sagen, daß das neue Kabinett unter besonders leichten Umständen zur Welt gekommen ist. Es hat Auseinandersetzungen gegeben, Kämpfe, Mißbilligungen, die vielleicht geräunt waren, die Grundlage, auf der die neue Regierung des Reiches steht, zu schwächen. Im Interesse einer zielbewußten Regierungsführung kann man annehmen, daß diese Auseinandersetzungen zwischen den Parteien hinderlich gewesen sind. Andererseits hat die Krise gedauert und sie war von Begleitumständen umrahmt, die bisweilen einen gänzlich anderen Ausgang vermuten lassen. Nun aber ist von allen Seiten ein Übereinkommen geschlossen worden, das erwarten läßt, die neue Regierung werde auch in den zukünftigen, vielleicht schwierigen Situationen an ein Nachgeben der Parteien, auf eine weniger scharfe Verfeinerung rechnen können. Schließlich haben ja doch alle Parteien, welche die jetzige Regierung stützen, auf allerhand Verträgen mühen, was sie theoretisch als unauflösbaren Grundgesetz betrachtet und erklärt haben. Ganz so einfach, wie sich das in Parteiarundtischen ausspricht, ist schließlich doch nicht das, was die Wirklichkeit, also hier das Regieren von den Parteien verlangt. Man kann diese Wirklichkeit nicht nach den Grundgesetzen umgehen, die nun einmal deutschem Gebrauche gemäß von den Parteien aufgestellt werden. Ein Vergleich wird immer nötig sein, eine Zwischenlösung — auch wenn man entschlossen ist, an den Grundgesetzen selbst festzuhalten.

Das charakteristische der neuen Regierung ist, daß sich im Deutschen Reichstag eine Lage herausgebildet hat, wonach der Reichstag in eine Rechte und eine Linke zerfällt. Um zunächst einmal die Opposition zu betrachten, so ist festzustellen, daß natürlich die Art, wie die Demokratische Partei diese Opposition betreiben wird, sich wesentlich von jener abhebt, die von der Sozialdemokratischen Partei beabsichtigt ist. Man braucht nur daran zu erinnern, daß vor zwei Jahren das Kabinett Luther, also auch eine rechtsgerichtete Verbindung, in sehr wesentlichen Entscheidungen die Unterstützung der Demokratischen Partei gefunden hat. Gewiß verfügt die jetzige Regierungskoalition nur über eine absolute Mehrheit von einigen zwanzig Stimmen; aber sie kann wohl bestimmt darauf rechnen, daß ihr die Wirtschaftspartei in der Regel zur Seite stehen wird. Sie kann auch damit rechnen, daß in den meisten sozialpolitischen Fragen ihr die Demokratische Partei die Gefolgschaft nicht verweigern wird, da diese Partei gegen die Richtlinien, die der Reichskanzler aufgestellt hat, nichts einzuwenden hatte. Auf der anderen Seite hat die Deutschnationale Volkspartei erklärt, daß auch sie gewillt ist, an der Herstellung einer Plattform mitzuarbeiten, auf der sich die anderen Parteien finden können. Es ist im parlamentarischen Leben Deutschlands zum erstenmal geschehen, daß die von der Partei namhaft gemachten Vertreter Männer von dem Planne, der die Regierungsbildung übernahm, nicht ohne weiteres angenommen wurden. Dabei muß man bedenken, daß gerade in Deutschland ein klarer parteimäßiger Vorkurs der Regierungsbildung unmöglich ist. Auch die Bayerische Volkspartei hat im Interesse der Bildung eines in sich geschlossenen, von persönlichen Reibungen entfernener Kabinetts darauf verzichtet, einen ihrer Führer im Kabinett zu halten, sondern gerade wegen persönlicher Abweichungen nachgegeben und einen anderen Mann gestellt. Das gleiche geschah durch die Deutsche Volkspartei und auch das Zentrum hat starke innere Widerstände überwinden müssen. Somit darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß das neue Kabinett auf Grund gegenseitigen Entgegenkommens sich der Wirklichkeit und dem harten Druck der Tatsachen anpassen und in diesem Sinne an eine gedeihliche Arbeit zum Wohle des deutschen Volkes gehen wird.

## Kabinettsitzung über Regierungserklärung

Das Reichskabinett trat am Dienstag abend vollständig zu seiner ersten Sitzung zusammen. Reichskanzler Dr. Marx verles die neue Regierungserklärung. Die Erklärung lautete folgendermaßen: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“ Alsdann beschloß sich das Reichskabinett mit der am Donnerstag abzugebenden Regierungserklärung. Für die Regierungserklärung liegen die Richtlinien vor, die der Reichskanzler mit den Führern der neuen Koalitionsparteien in den Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts aufgestellt hat. Diese Richtlinien werden durch ein wirtschaftspolitisches Programm ergänzt werden.

Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Oskar Hergt (Deutschnational), der den Posten des Justizministers und gleichzeitig des Vizekanzlers übernimmt, wurde am 22. Oktober 1869 in Rammberg an der Saale geboren. Nach dem Studium war er Gerichtsreferendar und Assessor in der Provinz Sachsen, Amtsrichter in Liebenwerda und von 1902 bis 1904 Notar in Ratzeburg bei der Regierung in Bielefeld und

## Das Restpunkteabkommen unterzeichnet.

### Einigung über die Offestungen.

Schluß der Pariser Beratungen. Die Pariser Verhandlungen über die Frage der deutschen Offestungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Zwischen der Vorschaukonferenz, deren entscheidenden Sitzungen auch Marschall Foch beigewohnt hat, und der deutschen Regierung ist es zu einer Einigung gekommen. Diese Einigung beruht, wie von zuständigen deutscher Seite mitgeteilt wird, auf Vorschlägen und Gegenvorschlägen und ist nicht als ein Ultimatum oder dergleichen zu werten. Bezüglich der nach 1920 hergestellten Bauten ist ein Kompromiß geschlossen worden, durch das ein erheblicher Teil dieser Bauten erhalten bleiben kann. Wie Gadas zu melden weiß, ist die Einigung in der Befestigungsfrage auf folgender Grundlage erfolgt: Deutschland hat die Zerstörung der Befestigungen von Küstrin und Slogau sowie von 22 befestigten Bauten in der Gegend von Königsberg zugestanden. Von den insgesamt 88 befestigten Befestigungsanlagen an der Ostgrenze Deutschlands sollen 34 zerstört werden, während 54 erhalten bleiben. Es sind dies 8 Bauten bei Slogau, 15 bei Löben und 31 bei Königsberg.

- Von der Pariser Presse wird im übrigen die aus vier Punkten bestehende Grundlage bekanntgegeben, auf der die deutsch-französische Einigung erfolgt ist. Es handelt sich hierbei um folgendes:
1. Die alliierten Sachverständigen unterscheiden zwischen den Befestigungsanlagen in Ostpreußen und Oberschlesien. Deutschland könne fast das ganze Verteilungssystem an der Ober (Küstrin und Slogau) beibehalten. Es habe dagegen die seit 1920 erbauten Stützpunkte gegenüber Polen zu zerstören.
  2. Die deutschen Unterhändler verpflichteten sich, nicht mehr die „Unterhaltung“ der deutschen Befestigungen mit der „Zerstörung“ derselben zu verwechseln.
  3. Die deutschen Unterhändler erklärten ferner, daß keine sonstigen sogenannten Defensivanlagen bestehen als jene, die den alliierten Sachverständigen zur Kenntnis gebracht wurden.
  4. Die deutsche Regierung erklärt sich einverstanden, keine neuen Anlagen zu schaffen und sich in dieser Beziehung der Kontrolle des Völkerbundes zu unterwerfen.

## Das Restpunkteabkommen unterzeichnet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 1. Februar. Die heute zwischen dem Interalliierten Militärkomitee und den deutschen Delegierten getroffenen Abmachungen sind im Laufe des Nachmittags unterzeichnet worden, nachdem sie die Billigung der Vorschaukonferenz gefunden haben. Auf deutscher Seite hat General von Pancks das Schriftstück unterzeichnet. Der Austausch der Abmachungen wird auf diplomatischem Wege erfolgen. Weiterhin ist eine Mitteilung

der Vorschaukonferenz an die Reichsregierung auf diplomatischem Wege zu erwarten, die die Feststellung enthält, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen reiflos erfüllt hat.

## Genugtuung des amtlichen Frankreichs.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 1. Februar. Im Gegensatz zu der heutigen Abendpresse beurteilt man in offiziellen Kreisen das Abkommen über die deutsche Entwaffnung außerordentlich günstig und bezeichnet die erstellte Verständigung als einen neuen Erfolg von Locarno und der deutsch-französischen Annäherungspolitik.

## Berzögerung der Eigentumsrückgabe.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. New York, 1. Dezember. Der Senatsausschuß stimmte der Eigentumsvorlage mit den bereits gemeldeten Änderungen zu. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat. Man darf sich feinstenfalls großen Erwartungen hingeben bezüglich der Verabschiedung der Vorlage, da es sich fragt, ob das Plenum den Änderungen zustimmen wird und überhaupt bei seiner Arbeitsüberhäufung noch in dieser Session zur Beratung der Vorlage kommt. Infolge der durch den Senatsausschuß angenommenen Änderungen muß das Repräsentantenhaus, das der ungewandelten Vorlage zugestimmt hat, die ganze Vorlage erneut zu beraten, so daß schon aus diesem Grunde die Verabschiedung in dieser Kongresssession ziemlich ausgeschlossen erscheinen muß.

## Die amerikanische Einwanderungsquote bleibt noch ein Jahr in Kraft.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. New York, 1. Februar. Auf Grund des heutigen Beschlusses des Einwanderungsausschusses des Senats bleibt die bisher geltende Quote des Einwanderungsgesetzes von 1924 noch ein Jahr in Kraft. Damit bleibt also auch die deutsche Einwanderungsquote vorläufig unverändert. Der Senat will inzwischen das Einwanderungsgesetz neu beraten.

## Blanko-Vollmacht für Coolidge und Kellogg.

New York, 1. Februar. Der auswärtige Ausschuh des Repräsentantenhauses erteilte dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Kellogg Blanko-Vollmacht für die gegenüber Mexiko und Nicaragua zu führende Politik.

## Abschieds- und Programmreden.

Die aus der Reichsregierung scheidenden Minister beratschelten sich von der Beamtenschaft ihrer Ressorts in der üblichen Weise. Der ehemalige Reichspostminister Dr. Stinagl gab dabei einen Überblick über seine Arbeiten und Ziele und betonte, daß es die Frucht neuer Zusammenarbeit der gesamten Postbeamenschaft sei, daß das reiche Erbe Stephans und seiner Nachfolger erhalten werden sei. Der neuernannte Reichsfinanzminister Dr. Köhler bemerkte in einer Abschiedsversammlung vor der Karlsruher Presse, nach der eingehenden Aussprache mit dem Reichskanzler Marx habe er die Bewilligung, im Rahmen seiner bisherigen Politik auch in Berlin arbeiten zu können. Seinem politischen, sozialen und kulturellen Programm werde er auch in der Reichsregierung treu bleiben. Er sehe nach wie vor fest auf dem Boden der Verfassung von Weimar. Das arme, notleidende Volk aller Schichten solle auch in ihm als Reichsfinanzminister seinen Fürsprecher haben.

## Dank Hindenburg an Graef.

Der Reichspräsident hat an den von der deutschnationalen Reichstagsfraktion zum Justizminister vorgeschlagenen Abg. Graef Thüringen, der dann im Interesse der Einigung auf das Amt verzichtete, eine Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt: Die Bildung der neuen Reichsregierung ist nunmehr beendet. Die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten sind in erster Linie durch Ihren freien Entschluß, auf die von der deutschnationalen Fraktion Ihnen angetragene Kandidatur eines Reichsministers zu verzichten, hinweggeräumt worden. Ich danke Ihnen für diese Ihre ehrenvolle Handlungsweise, die dem Allgemeininteresse den Vorrang vor persönlichen und parteipolitischen Ansprüchen gegeben hat. Angesichts der Erörterungen, die sich in einem Teil der Presse und in der Öffentlichkeit an die Vorgänge bei der Regierungsbildung geknüpft haben, ist es mir Bedürfnis, Ihnen auch bei dieser Gelegenheit zu versichern, daß die Behauptung, ich hätte Ihre Kandidatur abgelehnt, durchaus unrichtig ist.

## 200 000 Pfund für Kriegsgefangene.

Entschädigung für deutsche Gefangene in England. Die englische Regierung hat der deutschen Regierung eine Summe von 200 000 Pfund zur Verteilung an die



Abg. v. Reudell.

Reichsinnenminister Dr. h. c. Walter von Reudell, Landrat a. D. und Rittergutsbesitzer auf Hohenlützelow (Kr. Königsberg, Neumark), vertritt die Deutschnationale Volkspartei im Wahlkreis 5 (Frankfurt a. d. O.). Der Minister, der am 17. Juli d. J. sein 43. Lebensjahr vollendet, studierte nach praktischer landwirtschaftlicher Betätigung an den Universitäten Königsberg, München und Halle die Rechtswissenschaften. Im Jahre 1913 wurde er Regierungsassessor. Als Rittermeister d. N. des 3. Kürassierregiments nahm er 1914/15 am Weltkrieg teil. Von 1916—1920 bekleidete er den Posten des Landrats des Kreises Königsberg (Neumark). Als Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages und Vorkandidat des Brandenburgischen Landtages widmete sich der Minister besonders der intensiven Umgestaltung der Landwirtschaft, wofür ihn die Forstakademie Eberswalde im Jahre 1923 zum Dr. h. c. ernannte. Seit der zweiten Wahlperiode 1924 gehört er dem Reichstag an. Herr von Reudell ist ein Sohn des ehemaligen deutschen Vorkämpfers in Konstantinopel, der in besonders engen Beziehungen zum Hause Bismarck stand.